

Danziger Zeitung.

№ 9032.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Rettberggasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 R. 50 S. — Auswärts 5 R. — Inserate, pro Zeile 20 S., nehmen an: in Berlin: G. W. Meyer u. A. H. Hoffe; in Leipzig: Eugen Fort und G. Engler; in Hamburg: Hofstein und Bogler; in Frankfurt a. M.: G. A. Daube und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüller.

1875.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 20. März. Die Nationalversammlung genehmigte in ihrer gestrigen Sitzung verschiedene Credits. Der Präsident theilte die Namen der Mitglieder der Permanenten Commission mit. Es heißt, demnächst würde ein Gesetzentwurf eingebracht werden, durch welchen die Regierung provisorisch ermächtigt wird, die Wähler zu den Ersatzwahlen nicht zusammenzurufen. Die Minister, welche in den Abtheilungen wiederholt über die Auflösung der Nationalversammlung befragt wurden, antworteten mit Hinweisung auf die zahlreichen unerledigten Gesetzentwürfe, daß dieselben vor der Auflösung beraten werden müßten und fügten hinzu, die Nationalversammlung allein könne den Tag der Auflösung bestimmen; es sei geboten, nicht lange vorher diesen Tag festzusetzen, um nicht vorzeitige Wahlbewegungen hervorzurufen. Decazes sprach sich in demselben Sinne aus und hob hervor, das Ausland blicke auf Frankreich.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Münster, 19. März. Der verantwortliche Redacteur des „Westfälischen Merkur“, Freiherr v. Wenz, ist heute vom hiesigen Kreisgerichte wegen Veröffentlichung der päpstlichen Encyclica zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt und sofort verhaftet worden. Der Staatsanwalt hatte eine zweijährige Gefängnisstrafe beantragt.

Bukarest, 19. März. Die Deputirtenkammer hat in ihrer heutigen Sitzung das Budget für das Jahr 1876 angenommen. Dasselbe weist an Einnahmen 94 Millionen, an Ausgaben 101 Millionen Francs auf. Das Deficit beträgt somit 7 Millionen Francs.

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung vom 19. März.

Zweite Beratung des Gesetzes betr. die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bischöfe und Geistlichen. § 3: „In den Erzbischöfen und Bischöfen, sowie in den Diöcese-Baderborn erfolgt die Wiederaufnahme der eingestellten Leistungen für den Umfang des Sprengels, sobald die Bestallung eines Bischofs in gleichmäßiger Weise stattgefunden hat.“ — Abg. Reichensperger wiederholt seinen Vorwurf der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes. Wenn der Abg. Gneist sagt, daß es sich hier um Gegner des Staates handle, so bestimmt Art. 111 der Verfassung, daß bei Aufruf oder Krieg die Artikel 5, 6, 7, 27, 28, 29, 30 und 36 außer Kraft gesetzt werden können, von den Art. 12, 18, welche die Rechte der Kirchen enthalten, ist dabei keine Rede. — Abg. v. Szarlinski: In Gneist und Reichensperger ist eine Selbstsacanz nicht vorhanden, dieselbe kann nur eintreten, wenn der Bischof stirbt oder freiwillig abdicirt oder vom Papste abgesetzt wird. Einer dieser Fälle liegt vor, also ist das Kapitel nicht in der Lage, eine Wahl vorzunehmen. — § 3 wird angenommen.

§ 4 lautet: „Tritt die Erledigung eines zur Zeit besetzten bischöflichen Stuhles ein, oder scheidet der jetzige Bischof aus dem Sprengel aus, so ist der Umfang des Sprengels, sobald die Bestallung eines Bischofs in gleichmäßiger Weise stattgefunden hat.“ — Abg. Lieber hält den Grundgedanken dieses Paragraphen und die Mittel, die angewandt werden sollen, für unsittlich. Man dürfe den Clerus für ein Ungeheuer, welches er nicht verschuldet hat, nicht bestrafen. Schon der Abg. v. Mallindrodt habe im vergangenen Jahre auf das Unsittliche eines solchen Vorgehens hingewiesen; in gleicher Weise habe sich damals der Abg. Kaster privatim ausgesprochen. Er sei deshalb auch überzeugt, daß wenn Kaster heute im Hause wäre, er in dieser Frage auf Seite des Centrums stehen würde. (Heiterkeit.) — Reg.-Comm. Dr. Förster erwidert, daß nach § 6 jeder Einzelne dieses Ungeheuer von sich abwenden könne, wenn er sich verpflichtet, die Gesetze des Staates zu befolgen. § 4 wird angenommen.

§ 5: „Wenn für den Umfang eines Sprengels die Leistungen aus Staatsmitteln wieder aufgenommen sind, einzelne Empfangsberechtigte aber der vom Bischof oder Bischofsverweser übernommenen Verpflichtung ungeachtet, den Gesetzen des Staates den Gehorsam verweigern, so ist die Staatsregierung ermächtigt, die für diese Empfangsberechtigten bestimmten Leistungen wieder einzustellen.“ — Abg. Lieber: Man verliert das vorliegende Gesetz durch unsern allgemeinen Widerstand gegen die Gesetze, durch das Auftreten der „Hedecaplane“. Aber wir verweigern nicht den Staatsgesetzen den Gehorsam, sondern nur die thätige Mitwirkung zur Ausführung einzelner Bestimmungen von Gesetzen, welche unserm Gewissen zuwiderlaufen, da wir zwischen der thätigen Mitwirkung und der Strafe für die Unterlassung zu wählen haben. Dabei könnte jeder Einzelne die Erklärung des Gehorsams gegen die Gesetze abgeben, ohne deshalb, wenn er die Mitwirkung zu den Maßregeln nicht leistet, treuhändig zu werden. Erkenne Sie daraus, daß wir gleichwohl eine solche Erklärung nicht abgeben, die Zartheit der Gewissensbedenken, die bei uns obwalten, daß wir lieber die schwersten Strafen auf uns nehmen, als den Verdacht der Ungehorsamkeit, als gäbe wir wider besseres Wissen ein solches Versprechen ab. — Der § 5 wird angenommen.

§ 6: „Die Wiederaufnahme der eingestellten Leistungen an einzelne Empfangsberechtigte erfolgt außer den Fällen der §§ 2 bis 4, wenn der Empfangsberechtigte der Staatsregierung gegenüber in der im § 2 bezeichneten Weise sich verpflichtet, die Gesetze des Staates zu befolgen. Außerdem ist die Staatsregierung ermächtigt, die eingestellten Leistungen einzelnen Empfangsberechtigten gegenüber wieder aufzunehmen, wenn sie durch Handlungen die Absicht an den Tag

legen, die Gesetze des Staates zu befolgen. Verweigern dieselben demnach den Gesetzen des Staates den Gehorsam, so sind die Leistungen wieder einzustellen.“ — Abg. Dr. Behrenspennig beantragt statt der Worte „durch Handlungen“ zu setzen „durch ihr Verhalten.“ Er protestirt dagegen, daß Lieber sich als Vertreter der Gesinnungen Kaster's gerire. Was das Amendement betrifft, so bezweckt es eine Milderung des § 6, damit schon das stille Verhalten eines der Empfangsberechtigten nicht abgeleiteten Geistlichen auch ohne positive Handlungen in dieser Richtung zur Auszahlung des Gehalts genüge. — Reg.-Comm. Dr. Förster: Seitens der Staatsregierung wird die Aufrechterhaltung der strengen Fassung des § 6 gewünscht und zwar, weil der Ausdruck „Verhalten“ zu unbestimmt und unsicher ist; die Staatsregierung muß, wenn sie ihre Genehmigung ertheilen soll, eine greifbare Handhabe haben, um ihre Maßregel zu bemessen. — Abg. Dr. Regid: Der § 6 erfüllt eine Pflicht der Gerechtigkeit, indem er Vorbehalte trifft, daß nicht außer den Schuldigen auch Unschuldige durch die Nachteile, die das Gesetz vorschreibt, getroffen werden. Sie (im Centrum) haben sich zu wiederholten Malen feierlich dagegen verwahrt, daß in Ihnen der Gehorsam an activen Widerstand vorhanden sei; dagegen halten Sie passiven Widerstand für erlaubt. Nun, ich räume das ein. Der passive Widerstand ist aber alle Zeit eine Frage des Gewissens, die jeder für sich in einem solchen schweren Consciencefall zu entscheiden hat. Ich mache darauf aufmerksam, wenn der passive Widerstand gepredigt wird, wenn zum passiven Widerstand aufgefordert wird, wenn der passive Widerstand organisiert wird, dann ist die Linie überschritten, das ist activer Widerstand. (Sehr richtig.) In dem Augenblick, wo der Episcopat auch nur den „passiven“ Widerstand den ihm untergebenen Geistlichen zur Pflicht macht, hat er die Linie überschritten und befindet sich in activen Widerstand gegen die Staatsgewalt. (Sehr richtig.) Diesen Ausgang hat eben dieser § 6 ins Auge gefaßt und deshalb den Geistlichen die Möglichkeit geboten, in einer für sie so schweren Frage eine möglichst freie Entscheidung zu treffen und das möge es erlaubt sein, an das hier vielfach wiederholte Wort insofern zu erinnern, als sein historischer Ursprung ins Gedächtnis zurückgerufen wird, das vielbesprochene Wort, welches nun jeder Geistliche seinem Bischof gegenüber in Anwendung zu bringen hat: „Man muß Gott mehr gehorchen, als den Menschen.“ Die jüdischen Hohenpriester haben verboten den Jüdischen, den Widerstand gegen den Staat zu verweigern; die Apostel hätten sich nicht desto weniger gedrungen, das Evangelium vom Auserwählten zu predigen und trugen die Folgen ihrer Handlungsweise. Als sie von dem Hohenpriester zum Tode verurtheilt wurden, da antworteten sie: „Man muß Gott mehr gehorchen, als den Menschen.“ Wenn nun der katholische Geistliche abweichend von dem Gebote seines Bischofs sich in seinem Gewissen entscheidet, dann steht ihm zur Seite das Wort, welches die Apostel den Hohenpriestern entgegneten, und indem er, um seiner Gewissenspflicht zu genügen, dem Staate Gehorsam leistet, übersteht er sich dieses große Wort ganz richtig also: „Man muß Gott mehr gehorchen, als dem Papst und den Bischöfen.“

Abg. Schab (Farrer zu Billmar): Das Gesetz fordert von den Geistlichen die unbedingte Unterwerfung unter die neuen kirchenpolitischen Gesetze, die schon bestehen und die noch kommen werden. Warum schreibt man das nicht in das Gesetz hinein? Warum streut man mit dem einfachen Satz, die Geistlichen sollen sich den Staatsgesetzen unterwerfen, den Leuten Sand in die Augen? Warum strukt man nicht bloß die, welchen wirklich eine Contention gegen die Maßregeln nachgewiesen ist, sondern auch die, die mit ihnen nicht in Collision gekommen sind, die schon lange in Ansehen und Würden sind? Warum strafen Sie auch die verdienten Männer, die sich in den Emeritenhäusern befinden? Die kirchenpolitischen Gesetze können von den katholischen Priestern nun und nimmermehr anerkannt werden, denn eine Kirche, welche auf die Befolgung der geistlichen Stellen verzichtet, ihre Bischöfe vom Staate abheben läßt, vernichtet ihre Freiheit und überläßt sich an Händen und Füßen gebunden dem Staate. Wird diese kirchenpolitische Gesetzgebung wirklich durchgeführt, so werden zwar die Bischöfe mit ihren Priestern von Thron zu Thron betteln gehen, aber das Leben der Kirche wird dadurch an Kraft und Innigkeit gewinnen und der erste entscheidende Schritt zu ihrer gänzlichen Trennung vom Staate vollzogen sein. — Reg.-Comm. Dr. Förster: Nicht um Sand in die Augen zu streuen, sind die Worte aufgenommen: „die Gesetze des Staates zu befolgen“, sondern aus dem nahe liegenden Grunde, weil sie sich auch in dem Treueid befinden, den die Bischöfe dem Staate zu leisten haben. Aus dem § 11 geht übrigens hervor, daß ein Bruch dieses Versprechens nur dann strafrechtlich verfolgt werden soll, wenn die auf das kirchliche Amt bezüglichen Vorschriften der Staatsgesetze verletzt werden. Auf Mental-Reservationen ist nicht Rücksicht genommen (Heiterkeit). — Abg. Windthorst (Vielefeld) empfiehlt nochmals den Antrag Behrenspennig, weil der Begriff der „Handlungen“ viel zu eng gefaßt ist und der Regierung selbst Schranken auferlegen könnte; es giebt eine große Zahl katholischer Geistlichen, die gern mit dem Staate Frieden schließen möchten, aber aus Furcht vor ihren geistlichen Oberen nicht mit Handlungen hervortreten können. — Der Antrag Behrenspennig wird abgelehnt und § 6 mit derselben großen Majorität, die bei allen Abstimmungen über das Gesetz constant bleibt, angenommen.

Abg. Jung beantragt folgenden § 6a einzufügen: „Die Entschädigung der kirchlichen Behörden, welche eine Disciplinarstrafe wider einen Geistlichen verhängen, dem gegenüber die Staatsregierung die eingestellten Leistungen in Gemäßheit des § 6 wieder aufgenommen hat, können sowohl von dem Geistlichen als von dem Oberpräsidenten im Wege der Verweisung an den künftigen Reichstag für kirchliche Angelegenheiten ohne die Beschränkung des § 12 des Gesetzes vom 12. Mai 1873 angefochten werden. Die Verweisung kann in diesen Fällen auf neue Thatfachen und Beweismittel gegründet werden.“ — Abg. Jung: Der neue Paragraph will den Geistlichen, welche ihren Frieden mit dem Staate gemacht haben, auch gegen ein etwaiges disciplinarisches Vorgehen ihrer kirchlichen Oberen schützen. Es soll verhindert werden,

daß nicht unter dem Deckmantel sächlicher privater Anschuldigungen die Verurteilung an den kirchlichen Gerichtshof unmöglich gemacht wird. Die Geistlichen sollen nicht durch die Chicanen der kirchlichen Instanzen schon zu Tode gekehrt werden. Es wird nun gesagt, wir setzen eine Prämie auf die Verurtheilung; das ist nicht wahr, wir wollen nur den Schuldigen von den Unschuldigen trennen und nicht den Unschuldigen mit der Schwere des Gesetzes treffen. Freilich der Abt von Cîteaux sagte bei der Erfüllung einer Stadt der Abgesandten, als man ihn fragte, wie man denn Katholiken und Abgesandten unterscheiden sollte: Schlägt sie nur alle todt! Der Herr wird die Seinen schon schützen! (Heiterkeit.) — Abg. Rath Lucanus erklärt sich mit dem Antrag einverstanden in seiner Intention, daß den Geistlichen, die mit dem Staate Frieden gemacht haben, der volle Schutz der Gesetze gewährt werden solle. Die Regierung war aber der Meinung, daß der § 12 des Gesetzes vom 12. Mai 1873 dazu vollständig ausreiche. Wenn man dies positiv noch einmal ansprechen will, so wird es aber doch wohl notwendig sein, auch auszusprechen, daß die Erleichterungen, die der § 6a schafft, nur für die Fälle stattfinden sollen, die unter dieses Gesetz fallen; es ist also vielleicht am Platze, bei der dritten Lesung eine Modification vorzunehmen. — Abg. Lieber: Wenn der Abg. Jung wieder von dem Todtschlag der Kaser gesprochen, so hat er uns damit provocirt, an die aufregende Scene von gestern zu denken, wo der Abg. Gneist sagte, wenn die Gesetze nicht mehr heilig sind, dann kommt das Recht des Stärkeren zur Geltung. Mit diesen Worten nähern wir uns der traurigsten aller Entscheidungen. (Stimme links: Das ist eure Schuld!) Der Antrag des Abg. Jung will die Geistlichen vor den Chicanen der Bischöfe schützen. Wenn ein Officier sich nicht weigert, den Gesetzen in Bezug auf das Duell zu gehorchen, wird er seitens der Militärbehörden disciplinirt; aber noch nie ist es ihnen eingefallen, einen Gerichtshof zu stabilisieren, der den Officier dagegen schützt. — Abg. Behrenspennig: Die ultramontane Kirchenverfassung ist allerdings ebenso streng, wie je die Verfassung einer Armee; aber wir wollen das nicht bestrafen. — Abg. Gneist: Ich habe nicht auf die Gewalt des Stärkeren provocirt, sondern gesagt, wer die Auslegung gegen die Gesetze predigt, die die einzige Bedingung des Friedens sind, der provocirt auf die Gewalt des Stärkeren. — § 6a wird angenommen.

§ 7 wird ohne Debatte genehmigt: „Die Wiederaufnahme der eingestellten Leistungen erfolgt in allen Fällen vom ersten Tage des künftigen Vierteljahres an, in welchem die gesetzliche Voraussetzung der Wiederaufnahme eingetreten ist.“

§ 8. Ueber die Verwendung der während Einstellung der Leistungen aufgesammelten Beträge bleibt so weit dieselben nicht nach der rechtlichen Natur ihres Ursprungs zu Gunsten der allgemeinen Staatsfonds als erpart zu verrechnen sind oder anderweit verwendbar werden, gesetzliche Bestimmungen vorbehalten. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist im Falle einer commissarischen Verwaltung des bischöflichen Vermögens auf Grund des Gesetzes vom 20. Mai 1874 befugt, die Fortdauer der zur Auszahlung der Bischöfe bestimmten Leistungen in so weit zu verfügen, als dies für Zwecke der commissarischen Verwaltung und zur Befriedigung der Kosten derselben erforderlich ist. — Abg. Franz: Ein großer Theil der Gelder, die nach diesem Paragraphen einbehalten werden sollen, ist dazu bestimmt, nach leghwilligen Verfügungen des Reichs für Verordnungen zu lesen. Es werden also hier direct die Rechte der Verstorbenen gekränkt. — Abg. Miquel: Ich bin im Zweifel über die Bedeutung der Worte in diesem Paragraphen, „insofern dieselben nicht anderweit verwendbar sind.“ Es kann unmöglich die Absicht sein, daß durch die eingetretene Erparnis der einbehaltenen Gelder ein Fonds geschaffen werde, über den die Regierung beliebig ohne gesetzliche Regelung verfügen kann. — Abg. Rath Lucanus: Die betreffende Bestimmung des § 8 hat nur die Bedürfnisguthülfe im Auge, die von vorne herein als solche zum freien Ermessen der Staatsregierung bewilligt sind. Diese stehen daher, sobald sie bei Nichtauszahlung erpart werden, zur freien Verfügung der Regierung. — Abg. v. Sarrazin: Sie sollen also in diesem Paragraphen der Regierung einen neuen Dispositions-Fonds schaffen, mit dem sie wahrscheinlich eben so wirtschaften wird, wie mit gewissen anderen Fonds, die ihr ohne jede Controle überliefert sind. Diese Bestimmung geht so weit, daß man auch später, wenn die Einbehaltung aufhört, die Gelder, die inzwischen anderweit verwendet sind, nicht zurückgeben will. Ein Vorwand, der seinem Mangel Gelder enthält, weil er ihren schlechten Gebrauch hindern will, wird nach der eingetretenen Minderheit die einbehaltenen Gelder zurückgeben müssen, wenn er auf den Namen eines ehrlichen Mannes Anspruch machen will. Der Vorwand dieses Gesetzes aber will das Geld in seine eigene Tasche stecken. — Abg. Miquel: Ich möchte doch feststellen, daß in diesem Paragraphen der Regierung nicht etwa die Verfügung erteilt wird, die einbehaltenen Gelder zu irgend welchen anderen Zwecken zu verwenden, als wozu sie im Etat bewilligt sind; sie sollen nur bis zur nächsten gesetzlichen Regelung reservirt werden. — Einmündiger Rath: Ich will nur erklären, daß die Auffassung der Regierung ganz diejenige des Vorredners ist. — § 8 wird angenommen.

§ 9. „Die executivische Beitreibung im Verwaltungswege findet in Betreff der Abgaben und Leistungen an die Bischöfe, die zu denselben gehörigen Institute und die Geistlichen, für den gesamten Umfang eines Sprengels so lange nicht statt, als für denselben die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln dauert.“ — Hierzu beantragt Abg. Windthorst (Vielefeld), den Eingang folgendermaßen zu fassen: „Die Erhebung und executivische Beitreibung.“ — Abg. Behrenspennig: Das Amendement soll verhindern, daß in solchen Communen, wo die schwarze Farbe vorherrscht, der Steuerernehmer der Commune nach wie vor der Gelber von den betreffenden Leuten einzieht und sie ganz gewiß auch erhält, weil die Leute denken, daß die Execution dahinter steht. — Abg. Windthorst (Meppen): Jetzt erst bin ich über den Zweck dieses Antrages klar geworden. In solchen Communen also, wo die schwarze Farbe vorherrscht, übrigens ein sehr netter Ausdruck, die schwarze Bande

(Auf: Falsch verstanden! Farbe!), ach so! schwarze Farbe, nun das ist wenigstens die altprotestantische (Heiterkeit) — da sollen die Leute unter allen Umständen verhindert werden, für die Kirche zu zahlen. Ich zweifle freilich nicht, daß, wenn man die administrative Einziehung beseitigt, eine nicht geringe Zahl von Leuten verleitet wird, diese Zahlungen überhaupt einzustellen. (Hört! links.) — Reg.-Comm. Dr. Förster: Ich kann hierüber den Vorredner insofern beruhigen, als im Ganzen Administrativ-Executionen nur sehr selten vorkommen. Sollte indeffen der Fall eintreten, daß man die Abgaben verweigert, so würde der Rechtsweg, der ja nicht verschlossen ist, immer unbenommen sein. — Abg. Miquel: Ich nehme an, daß nach dem Inhalte dieses Paragraphen, wenn später die Einstellung aufhört, die in der Zwischenzeit nicht gezahlten Beträge auch hinterher im Verwaltungswege nicht mehr beigetrieben werden können. — Reg.-Comm. Lucanus: Diese Frage erledigt sich nach den bestehenden Bestimmungen über die Execution überhaupt. Durch die Cabinetsordre vom Jahre 1836 ist bestimmt, daß sowohl die laufenden Beiträge als auch die Rückstände v. 2 Jahren executivisch eingetrieben werden können. Abg. Windthorst (Vielefeld): Diese Erklärung wird uns wahrscheinlich bestimmen, in dritter Lesung diesen Paragraphen umzuändern, denn wir können unmöglich angeben, daß wenn etwa die Einbehaltung zwei Jahre gedauert hat, hinterher der Rückstand der auf Grund dieses Gesetzes und nicht aus bösem Willen erfolgte, auf einmal executivisch soll beigetrieben werden können. — Reg.-Comm. Lucanus: Ich muß dem Mißverständnis entgegenstellen, als ob dieses Gesetz sagen wollte, die Leute brauchen nicht mehr zu zahlen. Es ist nur die administrative Execution während der Dauer der Einbehaltung ausgeschlossen. — Abg. Behrenspennig: Der Abg. Windthorst (Meppen), der sonst die Selbstständigkeit seiner Kirche so sehr erhebt, scheint doch diese Kräfte der administrativen Execution sehr ungern zu entbehren. Er sagte, es würde viele Leute geben, die in Folge dieses Gesetzes nicht zahlen würden. Früher hat er diesem Gesetze überhaupt jeden Erfolg abgesprochen. Wir wollen den Leuten nur deutlich machen, daß der Staat sie nicht mehr zwingt, zu zahlen. Sie beklagen sich so viel über die Staatsomnipotenz. Machen Sie doch hier einmal der Staatsomnipotenz ein Ende. — Abg. Windthorst (Meppen): Ich bin bereit, auf die executivische Beitreibung wie überhaupt auf die Erhebung von Staatsabgaben für die katholische Kirche zu verzichten (Hört! links), aber dann für alle Kirchen in gleicher Weise. Was den Erfolg dieses Gesetzes betrifft, so habe ich behauptet und bleibe dabei stehen, es wird diejenige Wirkung, die man davon erwartet, nicht haben; die Wirkung und den Erfolg aber, Confusion in das Land zu bringen, den habe ich niemals bestritten, den wird es gewiß in reichlichem Maße haben. — Das Amendement Windthorst (Vielefeld) wird hierauf abgelehnt und § 9 unverändert angenommen.

§ 10: „Sind die Leistungen aus Staatsmitteln an einen Empfangsberechtigten auf Grund des § 6 wieder aufgenommen, so ist in Betreff der an ihn zu entrichtenden Abgaben und Leistungen die Verwaltung der Execution wieder zu gewähren. Ein Gleiches gilt in Betreff der Abgaben und Leistungen für diejenigen Geistlichen, welche keine Leistungen aus Staatsmitteln zu beziehen haben, wenn sich dieselben durch ausdrückliche oder stillschweigende Willensäußerung (§ 6 Absatz 1 und 2) verpflichten, die Gesetze des Staates zu befolgen, so lange sie dieser Verpflichtung nachkommen.“ — Abg. v. Schorlemer: Ein so wunderbarer Ausdruck wie der in diesem Paragraphen „stillschweigende Willensäußerung“ ist mir in einem Gesetze noch nicht vorgekommen; ich weiß nicht, ob man darunter etwa ein Kopfnicken versteht. Der Standpunkt, den die Bischöfe in Befolgung der Kirchengesetze einnehmen, ist in Uebereinstimmung mit dem geltenden Recht und entspricht der Menschenwürde überhaupt und namentlich der Würde eines freien Mannes. (Gelächter links.) Ja, nur Sklaven können erklären, daß sie sich willig und im Voraus allem unterwerfen. (Sehr wahr! im Centrum.) Auf: links: Sehr wahr! Unfehlbarkeit! Sie citiren mir wieder einen Standpunkt, der unseren Glauben betrifft. Aber wir haben ja die vollständige Freiheit, und den Geboten der Kirche zu unterwerfen oder nicht. (Widerspruch links.) Gewiß, wir werden nicht mit Ausweisung, mit Geld und Gefängnis bestraft, also ist es unser freier Wille, wenn wir diesen Standpunkt einnehmen; aber der Staat setzt auf die Nichtunterwerfung unter diese Gesetze die Gefängnisstrafe und vielleicht — wie lange wird es dauern — schließlich auch noch die Guillotine. (Heiterkeit links.) Dieser Paragraph mit seinem Vorworte durch Geldgewährung stellt an die katholischen Geistlichen die Forderung, Jussu zu sein; sie werden ihren Glauben um einen Jussu nicht verkaufen. Vor zwanzig Jahren gab Christus dem Pfaffen der Unterwelt, als dieser ihm alle Schätze der Erde versprochen, wenn er ihn anbeten wolle, zur Antwort: Weiche von mir, Satan! Diese Antwort wird auch auf dieses Gesetz der Regierung gegeben werden. (Beifall im Centrum.) — Reg.-Comm. Dr. Förster: Die einzige specielle Bemänglung, welche auf den § 10 Bezug hatte, bezog sich auf den Ausdruck „stillschweigende Willensäußerung“. Dieser Ausdruck findet sich im Allg. Landrecht und bezeichnet Handlungen, aus denen die bestimmte Absicht des Handelnden geschlossen werden kann. — § 10 wird angenommen.

Gegen § 11: „Wer in den Fällen der §§ 2 und 6 die schriftlich erklärte Verpflichtung widerbricht, oder der durch dieselbe übernommenen Verpflichtung zuwider die auf sein Amt oder seine Amtsbefugnisse bezüglichen Vorschriften der Staatsgesetze oder die in dieser Hinsicht von der Obrigkeit innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit getroffenen Anordnungen verlegt, ist durch gerichtliches Urtheil aus seinem Amte zu entlassen.“ — spricht Abg. Graf Benda v. Donnerstern, welcher jedoch bei der lebhaften im Hause herrschenden Unruhe vollkommen unverständlich bleibt. — § 11 wird angenommen.

§ 12: „Die Entlassung aus dem Amte hat die rechtliche Unfähigkeit zur Ausübung des Amtes, den Verlust des Amtseinkommens und die Erledigung der Stelle zur Folge. Außerdem tritt die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln, sowie der Verwaltungs-Execution in dem früheren Umfang wieder ein. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, schon nach erfolgter Einleitung des Verfahrens die Ein-

setzung der Leistungen aus Staatsmitteln, sowie der Verwaltungs-Execution in dem früheren Umfang wieder ein. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, schon nach erfolgter Einleitung des Verfahrens die Ein-

setzung der Leistungen aus Staatsmitteln, sowie der Verwaltungs-Execution in dem früheren Umfang wieder ein. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, schon nach erfolgter Einleitung des Verfahrens die Ein-

setzung der Leistungen aus Staatsmitteln, sowie der Verwaltungs-Execution in dem früheren Umfang wieder ein. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, schon nach erfolgter Einleitung des Verfahrens die Ein-

setzung der Leistungen aus Staatsmitteln, sowie der Verwaltungs-Execution in dem früheren Umfang wieder ein. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, schon nach erfolgter Einleitung des Verfahrens die Ein-

setzung der Leistungen aus Staatsmitteln, sowie der Verwaltungs-Execution in dem früheren Umfang wieder ein. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, schon nach erfolgter Einleitung des Verfahrens die Ein-

setzung der Leistungen aus Staatsmitteln, sowie der Verwaltungs-Execution in dem früheren Umfang wieder ein. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, schon nach erfolgter Einleitung des Verfahrens die Ein-

setzung der Leistungen aus Staatsmitteln, sowie der Verwaltungs-Execution in dem früheren Umfang wieder ein. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, schon nach erfolgter Einleitung des Verfahrens die Ein-

setzung der Leistungen aus Staatsmitteln, sowie der Verwaltungs-Execution in dem früheren Umfang wieder ein. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, schon nach erfolgter Einleitung des Verfahrens die Ein-

stellung der Leistungen zu verfügen. Endet das Ver-
fahren mit Freipredigt, so sind die in Folge der
Verfügung eingehaltenen Beträge nachzuholen. —
Abg. Winkler (Meppen): Ich finde, dieser Para-
graph geht etwas weit, ich hätte zwar keinen Grund,
mich darüber zu erschauern, und könnte einen Apos-
troph, der die in diesem Gesetz geforderte Erklärung ab-
geben hat, ruhig seinem Geiste überlassen, aber nicht
Gerechtigkeitsgefühl sträubt sich dagegen. Es ist
hoher, daß jemand, der die abgegebene Erklärung
annimmt, weil ein späteres Gesetz zur schreienden
Widerspruch mit seiner Ueberzeugung steht, deswegen
abgesetzt werden sollte. Die Maßregeln waren außer-
dem so miserabel redigirt, . . . (Große Unruhe).
Der Präsident erklärt eine derartige Kritik recht-
sgiltig bestehender Gesetze für unzulässig. Ich sagte:
sie waren redigirt, ich meine die Vorlagen — wenn
nun jemand so unglücklich redigirte Gesetze vor-
legt, ohne es gewollt zu haben, so unterliegt er allen
Folgen des Gesetzes. Ich halte es aber auch für ganz
unzulässig, die Aufhebung eines Gesetzens mit solchen
Folgen von Staats wegen zu decretiren; wie in den
österreichischen Gesetzen mühten wenigstens die kirch-
lichen Functionen von der Aufhebung unberührt bleiben.
Ich bemerke übrigens bei dieser Gelegenheit, daß der
Bischof von Trier einem an den Abg. Reichensperger
gerichteten Telegramm erklärt, daß er weder die römische
Curie um die Glaubwürdigkeit der österreichischen Maßregeln
zu befragen, gebeten, noch eine solche Erlaubnis er-
halten habe. — § 12 wird hierauf angenommen; ebenso
§ 13 (Zuständigkeit des Gerichtshofs für die Auf-
hebungen).

Nach § 14 wird, wer Amtshandlungen vornimmt,
nachdem er in Gemäßheit des § 11 dieses Gesetzes
aus seinem Amt entlassen worden ist, mit Geldbuße
bis zu 300 Mk. im Wiederholungsfall bis zu 3000 Mk.
bestraft. — Abg. Sarrazin hält den Begriff der
Amtshandlungen, welchen die Maßregeln in die Juris-
prudenz eingeführt haben, für undefinirt, was auch
die Unsicherheit und Verwirrung der gerichtlichen
Entscheidungen bestätigt. Denselben ist es wünschens-
werth, einen Ausnahmegerichtshof zur Aburtheilung
derartiger Strafsfälle zu decretiren, als die ordentlichen
Gerichte daran zu gewöhnen, solche Gesetze auszu-
legen, eine Thätigkeit, bei der kein Collegium auf die Dauer
entlassen bleiben kann. (Zustimmung im Centrum).
§ 14 wird genehmigt, desgleichen § 15, der den
Einsatzminister mit der Ausführung des Gesetzes
beauftragt. — Damit ist die zweite Beratung dieses
Gesetzes beendet. — Nächste Sitzung Sonnabend.

Herrenhaus.

13. Sitzung vom 19. März.

Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1875.
Ref. Winkler empfiehlt die Annahme des Antrages
der Budget-Commission, den Staatshaushaltsetat in
der Fassung, in welcher derselbe aus den Beratungen
des Hauses der Abgeordneten hervorgegangen ist, an-
zunehmen. Bedenklich erschien es der Commission, ob
auf eine dauernde Deduktion der nach dem Etat pro
1875 gegen den Etat pro 1874 um 17,585,807 Mk.
gestiegenen dauernden Ausgaben durch dauernde Mehre-
einnahmen zu rechnen sein wird. Es wurden aus dem
Schooße der Commission Stimmen laut, welche die
allgemeinen Finanzverhältnisse, die zu erhoffenden
Ueberschüsse der Betriebsverwaltungen des Staates,
und die Steuerkraft der Staatssteuermöbner nicht so
günstig aussahen, wie der Finanzminister dies in dem
Vorbericht zum Etat vom Januar 1875 gethan hat.
Man befürchtete, daß die dauernden Staatseinnahmen
jedenfalls pro 1876 dermaßen heruntergehen würden,
daß man auch an den dauernden Ausgaben alsdann
weder sparen müßte. Indessen war man darüber
einig, daß ein Grund zur Beanstandung des Etats
pro 1875 aus diesen Befürchtungen nicht zu ent-
nehmen sei.

Graf Kottberg theilt die Bedenken der Commission.
Durch die Verhältnisse des wirtschaftlichen Lebens der
letzten Jahre sei ein sehr großer Theil unseres Ratio-
nalvermögens verloren gegangen, wie dies an dem
Stande der Börsencourse recht deutlich sichtbar werde.
Auch durch die enorme Ausdehnung der Credit für
neue Eisenbahnanlagen erlaube die Zukunft der
Staatsfinanzen in bedenklichem Lichte. — Baron Senfft
v. Pilsach vermißt ungern, daß im Etat noch nicht
eine Entschädigung der Geistlichen für den Wegfall
der Stolzgebühren ausgeworfen sei. Nebener beantragt,
den Etat zur Ergänzung in diesem Punkte an die
Commission zurückzuverweisen. — Finanzminister Camp-
hausen: Eine unbegründete Klage, als die von dem
Vorredner erhobene, kann nicht leicht erhoben werden.
Im Kap. 127 Tit. 15 sind tatsächlich 4 Mill. Mk. zur
Entschädigung von Geistlichen für den Ausfall an Stolz-
gebühren ausgeworfen.

Überbürgermeister Hasselbach bittet um mög-
lichst einstimmige Annahme des Commissionen-Antrages.
Nur einem im Abgeordnetenhaus geäußerten Wunsche
nach Uebernahme der Entschädigung, daß nämlich
die Staatsregierung eine Reform der Einkommensteuer
vornahme in strenger Durchführung des Prinzips der
Selbstentlastung: dieselbe sei eine Strafe für die Chri-
stlichen und eine Prämie für die Unchristlichen. Auch
wünscht Nebener, daß die Regierung für die nächsten
Jahre Anträge wegen weiteren Anbaues von Staats-
eisenbahnen energisch zurückweise, constatirt aber mit
Befriedigung, daß kein Staat so geordnete Finanzen
habe, wie der preussische.

Finanzminister Camphausen: Ich habe stets
das Prinzip weiser Sparsamkeit befolgt und bedeutende
Ueberschüsse zur Deckung außerordentlicher Staatsschulden
verwendet. Aber ich werde doch durch eine ungünstigere
Lage, als die bisherige war, nicht verleitet lassen,
die Kraft des preussischen Staates zu untergraben und
nützliche Unternehmungen zu unterlassen. Im Eisen-
bahnwesen werden wir allerdings zu einer sparsameren
Verwaltung gelangen müssen und die Ausgabe künftig
wohl nicht erhöhen. Uebrigens hat der Vorredner stets
die Finanzlage nicht gerade in einem rosenrothen Lichte
beachtet, aber seine Prophezeiungen haben sich doch
vielfach als falsche herausgestellt. Beispielsweise be-
fürchtete er im vorigen Jahre Ausfälle bei der Wahl-
und Schatzsteuer. Dagegen hat die Schatzsteuer einen
Ueberschuß von 1,5 Millionen ergeben, der den Ausfall bei der
Wahlsteuer vollständig deckt. Auch kann ich Ihnen
mittheilen, daß sich pro 1874 ein Ueberschuß von etwa
20 Mill. Mk. ergeben wird.

Überbürgermeister Becker bedauert, daß für die
Städte noch immer nichts geschehen sei, obwohl ihnen
immer mehr Aufgaben der Staatsverwaltung über-
wiesen werden. Durch die Aufhebung der Wahl- und
Schatzsteuer sei die Lage der Städte noch schlechter
geworden. Fast alle Städte hätten die Regierung um
Hilfe und um Ueberweisung eines Theiles der Ge-
bäudesteuer gebeten, eine Antwort auf diese Petition
sei aber bisher nicht erfolgt.

Finanzminister Camphausen: Ich habe schon
wiederholt erklärt, daß es unmöglich ist, den Städten
einen Theil der Gebäudesteuer zu überweisen. Ueber-
dies bedürfte es zu einer solchen Maßregel der Zu-
stimmung des Landtages.

Graf Udo Stolberg: Wenn den Städten ein
Theil der Gebäudesteuer überwiesen würde, so müßte
ich für das Land die Ueberweisung eines Theiles der
Grundsteuer verlangen. Mit den heutigen Eisenbahn-
verhältnissen ist eigentlich Niemand recht zufrieden.
Mir scheint die Einrichtung eines Reichsverkehrs-
ministeriums durchaus notwendig. Zugleich erlaube
ich mir die Anfrage, wie weit die Tarifreform ge-
hen ist.

Handelsminister Achenbach: Die gegenwärtige

Lage der Eisenbahnen ist ja allerdings keine angenehme.
Die Ursache dieser Erscheinung liegt zum Theil in der
allgemeinen Camarität, zum Theil darin, daß die
Eisenbahnen nicht in der Lage waren, als allgemeine
Preissteigerungen eintreten, auch ihrerseits die Tarife
zu erhöhen. Seit dem 1. August v. J. ist allerdings,
aber nur interimistisch, eine Tarifserhöhung eingetreten.
Damit aber die Lage der Eisenbahnen wesentlich besser
werde, ist vor Allem eine Aenderung in der Stimmung
des Publikums nöthig. So lange die hohen Anfor-
derungen des Publikums an die Eisenbahnverwaltungen
sich nicht ermäßigen, wird es auch nicht möglich sein,
die Tarife wieder herabzumindern. Aus der Ueber-
nahme der Garantie für Privatbahnen ist dem Staate
kein Nachtheil, vielmehr Vortheil erwachsen. Bezüg-
lich der Tarifform kann ich noch keine genügende An-
sicht geben, da die Frage noch eine schwebende ist.
Ich hoffe, daß die jetzt veranlaßte Enquete zu einem
baldigen Resultate führen wird.

Überbürgermeister Gobbin theilt die Ansicht
Beckers bezüglich der Städte, während Dr. Schulen-
burg-Beesdorp den Städten das Recht bestritt,
sich über Benachtheiligung zu beschweren.

v. Mirbach wünscht, daß die Differenzialtarife
einer baldigen Revision unterworfen würden, damit es
den inländischen Getreideproducenten möglich werde,
mit dem Auslande zu concurriren.

In der Specialdiscussion wünscht Graf v. d.
Schulenburg, daß man mit dem Verlaufe von Do-
manengrundstücken einhalte; ein so bedeutender Meister
in der Verwaltung und Finanzpolitik Friedrich v. Or-
gensen sei, so habe sich doch keine Colonisationspoli-
tik nicht bewährt.

Der Etat für 1875 und das Gesetz, betreffend die
Feststellung des Staatshaushaltsetats für 1875 werden
den Anträgen der Commission gemäß genehmigt.

Hierauf wird über den Gesetzentwurf, betreffend
das Vormundschaftsweisen, im Ganzen auf Grund
der Zusammenstellung der Beschlüsse des Hauses in der
Specialberatung abgestimmt und der Entwurf fast
einstimmig angenommen. Dann werden noch einige
kleinere Gesetze und mehrere Petitionen erledigt. —
Nächste Sitzung unbestimmt.

Danzig, den 19. März.

Der gestrige zweite Tag der Specialdiscussion
des Abgeordnetenhauses über das Einfüllungs-
gesetz stand an Interesse hinter dem vorgestrigen
weit zurück. Die Taktik, welche die Majorität sich
schon Tags vorher vorgezeichnet, aber nicht einge-
halten hatte, wurde diesmal im großen Ganzen
gut durchgeführt. Man ließ bei jedem Paragraphen
einen oder zwei Ultramontanen das Wort, die Reden
derselben hatten aber mit den betreffenden §§
oft wenig zu schaffen, schweiften vielmehr ungenirt
auf dem weiten Gebiet des Culturkampfes umher,
die Majorität ließ sich nicht reizen, und nur der
Präsident wies bei gar zu langen und großen
Abfälligkeiten die Redner in die Grenzen der
Geschäftsordnung zurück. So gelang es, die zweite
Lesung des Gesetzentwurfes zu beenden, die dritte
kann erst nach Ostern stattfinden. Heute wird das
Haus die Specialberatung des Gesetzentwurfes
über das Kostenwesen in Auseinandersetzungssachen
abslolviren und dann die Osterferien antreten. Das
gemeinsame Festmahl der beiden Häuser des Land-
tages, welches heute zu Ehren des kaiserlichen Ge-
burtstages stattfinden sollte, ist richtig an der
Etiquettenfrage, ob der Präsident des Abgeordneten-
hauses oder der Vicepräsident des Herrenhauses
den Toast ausbringen sollte, gescheitert. Die Ab-
geordneten speisen im Englischen Hause, die
„Herren“ im Hotel Petersburg, und der Kaiser er-
hält nun zwei Toaste. Welch ein würdiges Ende
eines weltbewegenden Zwiespals! Man kann auch
groß im Kleinen sein.

Die Commission für das Gesetz über Ver-
mögensverwaltung in den katholischen
Kirchengemeinden hat nunmehr die erste Lesung
des Entwurfs zu Ende geführt. Die Durchfüh-
rung des Gesetzes soll bis zum 1. October 1875
derart bewirkt werden, daß — wenn nicht die
Staatsbehörde in einzelnen Fällen hinauschiebung
des Termins bewilligt — von diesem Termin ab
alle früheren Organe der kirchlichen Ver-
mögensverwaltung aufhören zu fungiren.
Das Verlangen des Entwurfs, daß bei einzelnen
Gemeinden von der Ausführung des Gesetzes
gänzlich Abstand genommen werden dürfe,
wurde abgelehnt. Ein Antrag, die Ausfüh-
rung des Gesetzes nicht dem Cultus-Mi-
nister allein, sondern ihm und dem Justiz-
minister gemeinschaftlich zu übertragen, fand nicht
die Zustimmung der Mehrheit. Die Discussion
bezüglich Amendements, welches die Grundzüge
des Gesetzentwurfes über Einstellung von Leistungen
aus Staatsmitteln auch auf die aus Kirchentassen
zu zahlenden Befolgungen ausdehnen will, wurde
der zweiten Lesung vorbehalten. In der zum Ge-
setz gehörigen Wahlordnung wurde nur die Be-
stimmung, daß der Kirchenvorstand mündliche Ab-
stimmung zu Protokoll anordnen dürfe, gestrichen,
sonst aber die Wahlordnung unverändert angenommen.

Bayern ist in schweren Nothen um einen
Kriegsminister. Freiherr v. Brandt, welcher sich
bereits im Jahre 1870 sehr wesentliche Verdienste
erwarb, hat eine willkommene Gelegenheit benutzt
sich von dem unbehaglichen Posten zurückzuziehen.
Das Gesetz, welches seinen Rücktritt veranlaßte,
sollte die bayrischen Militärbeamten den preußi-
schen gleichstellen. Herr v. Brandt hat aber ein-
gar zu zartes constitutionelles Gewissen. Das
Gesetz erhielt nämlich eine einfache Majorität, es
fiel nur, weil es eine Verfassungsänderung enthielt,
und darum eine Zweidrittelmajorität erforderte.
Also sind die constitutionellen Bedenken doch etwas
zu subtil. Freiherr v. Brandt wünscht aber schon
lange der unbehaglichen Stelle entledigt zu werden,
der Militäretat reicht bei der geforderten und dar-
um theureren bayerischen Verwaltung nicht hinten
und nicht vorn, Ersparnisse sind aber sehr schwer,
weil man doch nicht hinter den übrigen Contingenten
zurückbleiben kann. Darum will von den hervor-
ragenden Generalen auch Niemand gern den un-
denkbaren Posten übernehmen. Zu einer Ver-
einigung der Verwaltung des bayerischen Heeres
mit dem preussischen kommt's aber doch wohl
noch nicht.

Don Alfonso, der würdige Bruder Don
Carlos', scheint jetzt wie ein flüchtiges Bild ver-
schwinden zu werden. Auch in Frohsdorf läßt man
ihn nicht ruhe. Wie die Wiener „Dsch. Ztg.“
wissen will, wurde der spanische Gesandte am
Wiener Hofe telegraphisch angewiesen beim dortigen
Auswärtigen Amte vertraulich anzufragen, ob in
Wien die Genehmigung der Abfertigung, dem
von den spanischen Gerichten verfolgten Infanten
Don Alfonso sammt Gattin unbehindert bleibenden
Aufenthalt auf österreichischem Boden zu gestatten.

Der Antwort des Grafen Andrássy hält
man sich noch keineswegs sicher. — Wenn's
sich um ein gewöhnliches Menschenkind
handelte, könnte Alfonso wohl Respect vor den
Folgen einer solchen Anfrage haben; denn er und
seine Gattin, die blutige Donna Blanca, werden
vom Madrider Gericht schwerer Verbrechen be-
schuldiget, unter denen Mord, Brandstiftung, Roth-
sucht oder doch der Theilnahme und Gutherzigkeit
derselben obenan stehen. Aber Alfonso hat
wohl doch nicht große Veranlassung zur Furcht.
Ein Habsburger wird nimmer zugeben, daß einem
Prinzen aus dem blauen Blute der Bourbonen auf
seinem Gebiete ein Haar gekrümmt werde.

Cabrera hat seinen Plan, die Carlisten oder
doch einen Theil von ihnen ihrem „König“ ab-
spänstig zu machen, nicht aufgegeben. Vorgestern
erhielt er in Paris einen eigenhändigen Brief
von dem andern der beiden Alfonso, dem König,
welcher seine Pläne gut heißt. Er will sich dem-
nächst nach Spanien begeben und die Wirksamkeit
seines berühmten Namens auf die Carlisten
auf die Probe stellen. Man scheint im
Lager des Präsidenten den alten Gabecilla
zu fürchten. Das Leitblatt „Don Carlos“, die
„Germ.“, erhält über Paris folgendes „offizielle“
Telegramm aus Vergara vom 17.: „Die nunmehr
allenthalben offenkundig gewordene Verrätherie
Cabrera's hat nur den Erfolg gehabt, welcher im
carlistischen Lager vorausgesehen wurde. Die
Entrüstung über diesen Treubruch ist allgemein;
Armee und Bevölkerung schwört Carl VII. von
Neuem unerschütterliche Ergebenheit, und der
König durchheilt seine Provinzen, um überall die
begeisterteren Huldigungen entgegenzunehmen.“
Das Pariser „Univers“, welches die Pläne
Cabrera's verrieth, wurde in Spanien verboten.

In Frankreich ist jetzt die Lage jetzt kaum
weniger verwickelt, als vor dem 25. Februar. Die
Majorität traut Mac Mahon nicht. Man weiß
jetzt ziemlich sicher, daß die Bonapartisten vor
der neuen Parteibildung einen Staatsstreich sehr
ernstlich ventiliren. „Vier Generale fehlen uns
nur noch — soll einer ihrer Führer gesagt haben —
und wir sind der Armee ganz sicher.“ Man glaubt
aber, daß Mac Mahon etwas von der Sache wußte,
wenigstens war seine Haltung so, daß er, wenn die
Sache los ging, beim neuen Regime immer ein
Steinchen im Brette hatte. Mac Mahon ist nicht
Cäsar, wenn er nicht der Erste sein kann,
nimmt er auch mit der Rolle des Zweiten fürlieb.
Die Abneigung, welche er gegen Audiffret-
Pasquier zeigte, wird auch seiner halb bonapartisti-
schen Seele aufgebürdet. Der neue Justizminister
Dufaure giebt zwar die Imperialisten compromit-
tiren Schriftstücke der Nationalversammlung her-
aus, aber es werden einige derselben zurückbehal-
ten, und unter ihnen sollen auch solche sein, die
Frau Mac Mahon und andere hohe Damen com-
promittiren.

Deutschland.

△ Berlin, 19. März. Gegenüber den viel-
fach einander widersprechenden Nachrichten über
weitere Vorlagen der Regierung bezüglich der
Wahrung der Staatsinteressen gegen die Ausbrei-
tung des renitenten katholischen Clerus
verlautet zuverlässig, daß nach verschiedenen Rich-
tungen hin theils statistische Erhebungen, theils an-
dere Vorarbeiten angeordnet worden sind, welche
ein weiteres Vorgehen der Staatsregierung wahr-
scheinlich machen; doch ist im Augenblick weder
über den Zeitpunkt, noch über den Umfang des
Erscheinsens der betreffenden Vorlagen etwas mit-
zutheilen, zumal, da es sich zunächst um Berichte
an die betreffenden Ressortminister über die an-
geordneten Arbeiten handelt. — Eine Aenderung
der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses
bezüglich der Verlesung von Schriftstücken
im Verlaufe der Reden ist beschlossene
Sache und zwar wird sich der Antrag
dahin richten, daß die Genehmigung zu solchen
Verlesungen lediglich in die Hand des Präsidenten
gelegt wird. Man geht hierbei davon aus, daß
der Präsident der Vertreter der Majorität ist und
also in ihrem Sinne zu entscheiden hat. Die An-
nehmlichkeit wird gleich nach der Vertagung zur
Beratung kommen. Die Commission für das
Kirchenvermögen zc. hat nunmehr auch die erste
Lesung des Entwurfs beendet; die zweite, welche
nur kurze Zeit in Anspruch nehmen wird, während
für die erste 14 Sitzungen erforderlich waren, soll
gleich nach Ostern stattfinden. Das Gesetz geht
wesentlich verschärft aus der Commission hervor.

— In dem Prozesse gegen die socialdemo-
kratischen Vereinigungen wurden gestern die
Plaidoyers gehalten, die wesentlich neue Gesicht-
spunkte nicht boten. Es handelte sich ausschließlich
um die Fragen, ob die auswärtigen Mitgliedschaften
der hier domicilirten Vereine als selbstständige
Vereine anzusehen sind, ob die unter Anlage ge-
stellten Vereine politische Zwecke verfolgten. Der
Staatsanwalt Lessendorf beantragte die Schließung
aller fünf Vereine, des Allgemeinen Deutschen
Arbeitervereins, des Allgemeinen Deutschen Ar-
beiter-Unterstützungsverbandes, des Allgemeinen
Deutschen Maurer- und Steinbauerbundes, des
Allgemeinen Deutschen Zimmervereins und des
Berliner Bürgerclubs; außerdem gegen Hafenclever
200 Mk., gegen Finn 150 Mk., gegen Siwert
80 Mk., gegen die übrigen neun Angeklagten je
130 Mk. Geldbuße. — Das Urtheil soll am Sonn-
abend, d. 20. d. M., Nachmittags, publicirt werden.
— Der Bischof von Münster, Dr. Brind-
mann, ist der fünfte preussische Bischof, welcher in
das Gefängniß wandert. Am 1. März hatte ihm,
der „N.-Ztg.“ zufolge, der westfälische Adel die
Strafsumme, zu der er verurtheilt war, angeboten.
Herr Brindmann hatte das Anerbieten indeß zurück-
gewiesen und zieht, gleich seinen Collegen, das
„Martyrium“ vor.

Stettin, 19. März. Die Dividende der
Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft
pro 1874 ist nunmehr auf 9% pSt. festgestellt.

Posen, 19. März. Die Criminal-Abtheilung
des Kreisgerichts verurtheilte den Kassirer des
Vorschuß-Vereins Hugo Gerstel wegen wieder-
holter Unterschlagung von Kassengeldern im Be-
trage von 40,000 Thlr. zu einer 3½-jährigen Ge-
fängnißstrafe und zu vierjährigem Erwerbverlust.

Malin, 19. März. Der Landtag ist
gestern durch Verkündigung der Landtagsabjehde
geschlossen. Der Paffus des schwerin'schen
Abjehdes über die Verfassungsangelegenheit

lautet: „Der Großherzog war zu der Erwartung
berechtigt, daß Stände in einer mit ihm überein-
stimmenden Würdigung der ersten Lage des Landes
den Weg zu einer Verständigung über die Mobi-
fication der Verfassung finden würden, und kann
nur sein schmerzliches Bedauern darüber aus-
sprechen, daß die Verhandlungen über diese wichtige
Angelegenheit auch auf dem gegenwärtigen Land-
tagsabschied befristet sind. Der Großherzog be-
hält sich bei dieser Sachlage seine weiteren Ent-
schlüsse vor.“ — In dem freilich'schen Land-
tagsabschied behält sich der Großherzog ebenfalls
weitere Entschlüsse vor. Derselbe entsagt
jedoch nicht der Hoffnung, daß durch weitere ge-
meinsame Beratungen der Weg zu den für das
Heil des Landes erforderlichen Reformen gefunden
werden wird. (W. Z.)

Frankfurt a. M., 19. März. Herr Brand-
director Asmann, welcher am 1. April hier ein-
trifft, übernimmt erst im Monat Mai das Com-
mando über die Berufsfeuerwehr. Er geht zunächst
auf Kosten der Stadt nach Antwerpen, Brüssel,
London und Paris, um die dortigen Einrichtungen
des Lösch- und Straßenreinigungswesens kennen
zu lernen.

Chemnitz, 19. März. Die hiesige Maschin-
bau-Gesellschaft Männich ist heute geschlossen,
auch bereits ein gerichtliches Veräußerungsverbot
erlassen worden. (W. Z.)

München, 17. März. Der König wollte
gestern bei der herrschenden warmen Witterung
die erste Spazierfahrt seit fünf Wochen wieder
unternehmen. Allein das Unwohlsein nahm plötz-
lich wieder in der Weise überhand, daß Maun-
Einpfehlungen am Reckhofspe notwendig wurden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. März. Abgeordnetenhaus.
Der Justizminister Glaser erklärte in Beantwortung
der an ihn gerichteten bezüglichen Interpellation, daß
die Ansicht, den italienischen Consuln in Oesterreich
sei das Recht eingeräumt worden, Civiltrauenahmen
italienischer Unterthanen in Oesterreich vorzunehmen,
auf einem Mißverständnisse beruhe. Bei Beratung
der Nachtragscredite pro 1875 wurde ein vom
Minister v. Schlumkeky befragter Antrag des
Abg. Dumba angenommen, wonach zur Unter-
stützung der Betheiligung an der Weltausstellung
in Philadelphia pro 1875 50,000 Fl., pro 1876 und
war hauptsächlich zu Gunsten von Corporationen
100,000 Fl. bewilligt werden. (W. Z.)

Frankreich.

— Kürzlich wurde vor den Assisen von Aix
über einen Fälscher, Namens Delhose, verhandelt,
der Bankbilletts zu 20 Francs angefertigt hatte.
Der Angeklagte lagte vor dem Gerichte aus, daß
eines Tages ein wegen seiner Sympathien für die
Napoleonische Dynastie bekannter Kaufmann aus
Marseille einen Buchbinder rufen ließ, und ein
Album für eine Adresse bestellte, die mit den
Unterchriften einer Anzahl von Kaufleuten an die
Wittme Napoleon's III. abgehen sollte. Die Unter-
schriften fielen nicht zahlreich aus, man ließ Delhose
kommen und trug ihm auf, für eine Summe Geldes
Unterchriften auf den leeren Albumblättern zu
fälschen; dieser ließ sich nicht lange bitten, suchte
im „Handelsführer“ die Adressen der ersten Kauf-
leute auf und fälschte nach seiner Phantasie ihre
Namen. Das so hergestellte Album wurde der
Ex-Kaiserin überreicht und prangt zu Chiselhurst
auf einem Tische zur Besichtigung der bonapartisti-
schen Anhänger — so werden Loyalitäts-Adressen
gemacht.

Italien.

Rom, 14. März. Wie der König wünschte,
war die Feier seines und des Prinzen Humbert
Geburtstags heute geräuschloser als sonst. Die
Officiellen begingen ihn zwar wie früher durch
öffentliche Decorationen wie durch häusliche Feste,
alles Uebrige ersetzte eine Musterung der National-
garde und der Garnison im Maccas. Das Volk
zeigte sich ziemlich gleichgültig. — Der Rücktritt
des Fürsten Doria aus dem Senat ist ohne
Zweifel ein Fall von nicht gewöhnlicher Bede-
utung, in wie fern die hohe römische Aristokratie und die
neue Herrschaft einander dabei gegenüberstehen.
Fürst Don Philippo Andrea Doria wog viele auf,
welche dem Vatican treu blieben, er machte selbst
Torlonia's Gewicht unschädlich, denn es ist doch
nur ein neutrales. Der Grund seines Ausscheidens
steht mit Garibaldi's Hiersein, das ihn genirt,
in Beziehung. Doria war, als Mamiani Pius IX.
Minister war, eine der vorzüglichsten Stützen des
Ministeriums Pellegrino-Moschi. Wir hörten ihn
damals öfter als Kriegsminister in der Cancellaria
über gewisse militärische Operationen traurigen
Angedenkens berichten, und zwar unter manchen
hämischen Bemerkungen der Gallerie. Seitdem ist
er dem Vatican stets still geneigt geblieben, ohne
jedoch an den Irrthümern der ultramontanen
Partei sich offen zu betheiligen. Die clericale
Aristokratie darf hoffen, ihm fortan öfter im Vatican
zu begegnen, als in den letzten Jahren der Fall war.

England.

London, 18. März. Unterhaus. Von
Beaue wurde der räuberische Ueberfall zur Sprache
gebracht, welcher am 7. v. M. unweit Galacz auf
den Engländer Dobsham und dessen Frau gemacht
worden ist. Der Unterstaatssecretär im auswärti-
gen Departement, Bourke, erklärte, die Regierung
sei mit den Behörden in Galacz in Verbindung
getreten, um die Räuber zur Rechenschaft zu ziehen.

— Auf eine Interpellation von Lord Strathearn
erklärte Graf Derby in der heutigen Sitzung des
Oberhauses, daß ihm nicht bekannt sei, ob die
Nordmächte die Note der Bforte vom 23. October
1874, betreffend den Abschluß von Handelsver-
trägen mit Rumänien und Serbien, bereits beant-
wortet hätten. Seit seiner letzten in dieser Ange-
legenheit im Parlamente abgegebenen Erklärung
hätte die Situation sich nicht verändert. England
werde seine Interpretation der einschlägigen Be-
stimmungen des Pariser Friedensvertrages aufrecht
erhalten, könne aber die übrigen Mächte nicht nöthi-
gen, sich die gleichen Gesichtspunkte anzueignen.

— Dem „Standard“ zufolge hat die General-
South-American-Company (limited) ihre
Zahlungen suspendirt. Die Passiva werden auf
400,000 Lstr. geschätzt, doch dürfte die Liquidation
ein günstigeres Resultat ergeben.

— Die in den Schiffsbauwerken am Tyne
beschäftigten Handwerker nahmen Mittwoch nach
einem sechswohentlichen Streik die Arbeit zu den
früheren Lohnsätzen wieder auf. Zu gleicher Zeit
unterwarfen sich die Kohlengrubenarbeiter in Süd-

Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, 21. März, Vormittags 10 Uhr,
Predigt: Herr Prediger Ködner.
Heute wurden wir durch die Geburt eines
kräftigen Knaben erfreut.
Rosenthal, den 19. März 1875.
H. Mac Lean und Frau.

Gestern Abend 10 Uhr entschlief
sanft nach längerem Leiden mein ge-
liebter Bruder
Eduard Fuchs,
welches ich tiefbetrubt anzeige.
Beisetzung in Braut den 23. d.
von der Kirche aus.
Ballau, den 19. März 1875.
3039) Fuchs-Ballau.

Der neue Schulerkurs

beginnt in der Ebert'schen höheren Töchter-
schule nach den Osterferien Montag, den
5. April; Unterricht nur in den Vormit-
tagstunden. Zur Aufnahme neuer Schüle-
rinnen wird Frau Anna Mannhardt
Montag und Mittwoch, den 22. und 24. d.
M., sowie Freitag und Sonnabend, den 2.
und 3. April, von 10-11 Uhr im Schulleale,
Heiligegeistgasse 103, bereit sein.

Die Direktion
der Ebert'schen höh. Töchter-schule.

Schulanzeige.

In meiner höheren Töchter-schule
beginnt der neue Kursus Montag,
den 5. April, und findet der Unter-
richt nur am Vormittage statt. Zur
Aufnahme neuer Schülerinnen für
die verschiedenen Klassen werde ich
täglich zwischen 10 und 11 Uhr be-
reit sein.

Hulda Dähnel,
2974) Heiligegeistgasse 89.

Realschule zu St. Johann.

Das neue Schuljahr beginnt Montag,
den 5. April. Prüfung und Aufnahme neuer
Schüler Dienstag, den 30. März (für Quinta
bis Prima) und Mittwoch, den 31. März
(für die Vorstufe und Sexta), 9 Uhr im
Schulleale. Schreibmaterialien, Impfstift
resp. Wiederimpfstift (für die zwölf und
mehr Jahre alten) Schul- und Abgangs-
zeugnisse sind mitzubringen.

Dr. Panten,
Director.

Das neue Schuljahr beginnt in
meiner Vorbereitungsschule, Mon-
tag, den 5. April. Zur Aufnahme
neuer Schüler bin ich in den Vor-
mittagsstunden des 22., 23., 24.
März, von 9-12 Uhr, in meinem
Schulleale, Voggenpohl 77, bereit.
2872) Luise Mannhardt.

**Zum Einj. Freiwilligen-
Garnen,**
so wie auf die mittleren
und oberen Klassen
höherer Lehranstalten (Quarta, Tertia,
Secunda) bereitet auch die schwach be-
gabtesten Schüler mit sicherem Er-
folge vor.

E. Harms,
Sandgrube 30, Saal-Stage.
Junge Leute, welche die Be-
rechtigung zum einjährigen
Militärdienste haben, werden
als Lehrlinge für hiesige Com-
toire z. 1. April gesucht durch
E. Kitzkowski, Makler,
Heiligegeistgasse 59.

Das Bier-Verlags-Geschäft

von
N. Pawlikowski

Sundegasse No. 120,

Danziger Actien-Bier.

30 Flaschen für 3 Rmk., in weißen und grünen Flaschen frei ins Haus.

Th. Etzold, Zinngießer,

Goldschmiedegasse No. 6, Goldschmiedegasse No. 6,
empfiehlt hierdurch sein Lager in Eß-, Kinder-, Kaffee-, Vorlege- und Gemüße-Pföfeln
Zellern, Kinderhühnern, Salzschachteln, Schälkästchen, Hähnen und Trichtern, sowie Liter-
Maße in Halb- und Decimaltheilung, Kaffee- und Theelassen, Waschküpfeln,
Wärmflaschen, Nachgeschirre, Stedbecken u. s. w. von Zinn zu billigen Preisen.

Die Samenhandlung von A. Bauer,

Danzig, Langgarten 37,

empfiehlt alle Arten Gemüse- und Blumen-samen, neue Kartoffeln etc. —
Preisverzeichnisse stehen zu Diensten.

Aufträge auf ausländisches Saatgetreide, Gräser, Futterkräuter,
wie auf alle land- und forstwirtschaftlichen Artikel werden prompt ausgeführt
und stehen auch hierüber Verzeichnisse zu Diensten. (3066)

Montag, d. 22., und Dienstag, d. 23. März,
kommen in dem

Gr. Ausverkauf

des zur A. Berg'schen Concurs-Masse gehörigen Waaren-Lagers Portschaffen-
gasse No. 8

zu gerichtlichen Taxpreisen

zum Verkauf:
Garnirte und ungarnirte Damen-Sommerhüte, Gardinen-
Zeuge, Glacé- u. Zwirn-Handschuhe, Seiden- u. Sammet-
Band, echte Sammete, Federn, Blumen, Taffet, Ripse,
seidene und wollene Shawls und Tücher, Shlipse, Vor-
hemden, leinene Tücher, Piqué- und Moire-Schürzen,
wollene und Morgenhauben, Kragen und Stulpen, Brüs-
ler Net, Tarlatan, Mull, gest. Einsätze.

Geöffnet von 9 bis 12 Uhr Vormittags und 2 bis 6 Uhr Nachmittags.

Als alleinige Agenten der Herren

**Samuelson
& Co. und**



**Walter A
Wood**

für Pommern und

Westpreußen

offerieren wir deren

Gras- und Getreide-Mähmaschinen

zur kommenden Ernte zu billigen Fabrikpreisen. Vorzügliche Leistung und So-
lidität unter constanten Bedingungen garantiert. Broschüren nebst zahlreichen Be-
richten übersenden wir auf Wunsch gratis.

Schütt & Ahrens, Stettin und Danzig,

Danzig, Comtoir: Sundegasse 33,

Alleinige Vertreter obiger Fabrikanten.

Danzig, im März 1875.

P. P.

Hierdurch erlaube ich mir die Mittheilung zu machen, daß ich, um dem Publicum Gelegenheit zu bieten, kleinere Be-
träge sofort sicher und mit Aussicht auf Gewinn anzulegen, die Einrichtung getroffen habe:

Loospapiere,

(deren Vertrieb im Deutschen Reich gestattet ist)

zinstragende sowohl als unverzinsliche, auf monatliche Abzahlung zu verkaufen. Namentlich dürfte diese Art des An-
kaufs denen willkommen sein, die sich nicht in der Lage befinden ein derartiges Papier sofort baar bezahlen zu können, aber
doch die Chancen des Gewinnes genießen möchten.

Jedes dieser Loose muß mindestens mit seinem Nominalwerthe gezogen werden; das ganze Loos

spielt schon nach Bezahlung der ersten Rate zu Gunsten des Käufers.

Sämmtliche von mir offerirten Loose sind mit dem gesetzlichen Stempel versehen, und kann das Original-Loos jeder-
zeit bei Bezahlung des ganzen Looses von mir erhoben werden.

Indem ich eine Zusammenstellung der augenblicklich vorhandenen Loospapiere hier folgen lasse, bemerke ich, daß

aus derselben die jährliche Anzahl der Ziehungen, die niedrigsten und die Hauptgewinne sowie die Höhe der

monatlichen Abzahlungen zu ersehen sind.

Jede noch etwa winnigenswerthe Auskunft ertheile ich bereitwilligst; nach auswärts franco gegen franco.

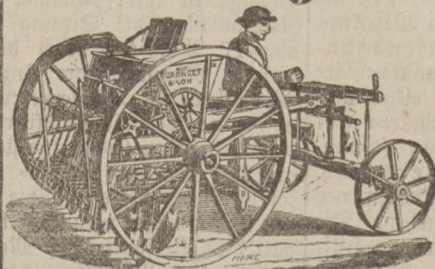
Ich empfehle dieses Unternehmen dem Wohlwollen des Publicums.

Martin Goldstein,
Bank- und Wechsel-Geschäft,
10. Langenmarkt 10.

Namen der Loose.	Ziehungen.	Haupttreffer.	Kleinst- Treffer.	Zahlung pro Monat.
Augsburger 7 fl. Loos.	1/2	7,000 fl.	9 fl.	2 Mark
Badische 35 fl. Loos.	28/3	35,000 fl.	56 fl.	9 "
4 % Badische Prämien-Anleihe	1/4	100,000 Thlr.	100 Thlr.	22,50 "
Braunschweiger 20 Thlr. Loos.	1/2	80,000 Thlr.	22 Thlr.	6 "
Bukarester 20 Fres. Loos.	1/2	100,000 Fres.	20 Fres.	3 "
3 1/2 % Köln-Mindener Prämien-Anleihe	1/6	60,000 Thlr.	110 Thlr.	18 "
Freiburger 15 Fres. Loos.	15/4	50,000 Fres.	18 Fres.	3 "
Kurfürstliche 40 Thlr. Loos.	1/7	40,000 Thlr.	70 Thlr.	15 "
Kurfürstliche 20 Thlr. Loos.	1/7	20,000 Thlr.	35 Thlr.	8 "
Maisländer 10 Fres. Loos.	16/3	100,000 Fres.	10 Fres.	1,50 "
Maisländer 45 Fres. Loos.	1/1	80,000 Fres.	46 Fres.	4,50 "
Meininger 4 Thlr. Loos.	1/3	30,000 fl.	8 fl.	3 "
Oesterreich. 64er Loos. ganze	1/3	200,000 fl.	190 fl.	15 "
Oesterreich. 64er Loos. halbe	1/3	100,000 fl.	95 fl.	9 "
3 % Oldenburger 40 Thlr. Loos.	1/5	30,000 Thlr.	40 Thlr.	9 "
3 1/2 % Preuß. Prämien-Anleihe	15/9	80,000 Thlr.	114 Thlr.	30 "
4 % Raab-Gräzer Loos.	1/1	50,000 Thlr.	100 Thlr.	15 "
Schwedische 10 Thlr. Loos.	1/5	12,000 Thlr.	13 Thlr.	4,50 "
Ungarische 100 fl. Loos. ganze	15/2	200,000 fl.	120 fl.	12 "
Ungarische 100 fl. Loos. halbe	15/2	100,000 fl.	60 fl.	6 "

Danziger Actienbier (in weißen und grünen
Flaschen) 30 fl. 3 Mark,
Braunsb. Bergschlösschen 25 = 3
Malz-Gesundheits-Bier 20 = 3
Liefert frei in's Haus das Bier-Verlags-Geschäft von
Robert Krüger, Sundegasse No. 34.

Zur Frühjahrs-Bestellung



empfehle
und halte stets auf Lager:

Kleesäemaschinen,
Breitsäemaschinen,
Kultivatoren und
Drills,

Torfstechmaschinen,

Torfpresen für Pferde- und Dampfbetrieb,
Patent-Karrenpflüge,

ferner

Locomobilen, Dresch- u. Häcksel-Maschinen.

A. P. Muscate,

Danzig und Dirschau.

(9711)

Eine Sendung prima
Amerikan. Schmalz em-
pfung und gebe davon in
Fässern billigt ab.

P. Franzen, Danzig.

Ratten, Mäuse, Motten, Wanzen,
Schwaben etc. vertilge mit
2jähr. Garantie. Auch empf. meine Viehka-
mente z. Vert. d. zc. Angelegers. J. Dre-
ling, k. k. app. Kammerl. Tischler. 31. (3075)

Ein Stubfingel

aus der Fabrik von Friedr. Wiszniewski
ist billig zu verkaufen große Wollweber. 7.
Mein in Behrendshagen bei Elbing be-
legenes Krug-Grundstück bin ich willens
aus freier Hand zu verkaufen.

A. Marienfeld.

Ein Grundstück in Ohra an der Chaussee
mit Obst- und Gemüsegarten ist zu ver-
kaufen. Näheres Breitengasse 109. (3028)

Ein gebildetes junges Mädchen,
tätige Verkäuferin, womöglich
mit der Nähmaschine vertraut, wird
per April zu engagiren gesucht.

Nur solche junge Mädchen, welche
die erste Bedingung ganz erfüllen,
wollen ihre Adresse unter 3074 i.
d. Exp. d. Btg. abgeben.

Bermiethung.

Das Haus, Carthaus, Bergstraße
No. 9, worin sich seit dem Jahre 1868 das
königliche Landrathsdamt befindet und
welches außerdem von dem Herrn Land-
rath Manne bewohnt wird, ist zum 1.
October d. J. im Ganzen oder getheilt
zu vermieten. Es befinden sich darin 4
Wohngelegenheiten, eine jede aus 3 Zimmern
nebst Zubehör bestehend. Außerdem 1 Wagen-
remise, Obst- und Gemüsegarten am Hause.
Das Nähere bei Frau Gulich, Altst.
Graben 73 in Danzig. (3063)

Mein Biergeschäft
bleibt nach wie vor,
auch an Sonn- und
Feiertagen bis Abd.
8 Uhr geöffnet.

Rud. Barendt,

3062) Langenmarkt 21.

Mein Geschäft wird Sonntag, den 21.
März, eines Todesfalles wegen, um
12 Uhr Mittag geschlossen. (3021)

Ferdinand Drewitz.

Mewe,

im Deutschen Hause.

Dienstag, den 23. d., Abends 8 Uhr.

Öffentlicher Vortrag
des Hrn. Dr. Ule aus Halle:
Ueber den vorgeschichtlichen Menschen.

Café d'Angleterre.

Zur Geburtsstagsfeier Sr. Majestät
des Kaisers, großes Concert und Vorträge
meiner Gesangs- und Instrumental-
truppe des Hrn. Dr. Ule aus Halle:
Freundliche Einladung von
3057) A. Gutzmer.

Haase's Concert-Halle

3. Damm No. 2.

Heute zur Geburtsstagsfeier Sr. Maj.
des Kaisers großes Concert meiner
Damenkapelle unter Leitung des Dirigenten
Herrn Schloffer.

Anfang 7 Uhr. Entree 2 1/2 Sgr.

3081) H. Haase.

Friedrich-Wilhelm- Schützenhaus.

Sonntag, d. 21. März,
findet kein Concert statt.

Laudenbach.

Zum Offizier-, Portepoe-Führer-
3 (incl. Prima) und Einjährigen-Frei-
willigen-Examen, sowie zu denjenigen
Examinas behufs Eintritts in die Kaiser-
liche Marine, wird, mit Einschluss der
Mathematik, den gesetzlichen Bestim-
mungen gemäß vorbereitet (3054)
früher Sandgrube, Raminchenberg 5,
part., jetzt Sandgrube 6-8, part.

Stadt-Theater.

Sonnabend, den 3. April,
Abends 7 Uhr,

Monstre-Concert

von den vereinigten Musikcorps der Garni-
son Danzig.
Gewöhnlicher Theaterpreis.

Programm:

Mendelssohn Du. Ray Blas. C. M.
v. Weber. Aufforderung zum Tanz. Verbi-
Miserere aus: der Troubadour. Supps.
Ouverture: Leichte Cavallerie. Wagner.
Finale: Fohengrin. Schubert. Lied: Aus
Meer. Buchholz. Großer Festmarsch.
Wagner. Ouverture: Tannhäuser. Kirchhof.
2 Deklar-Märsche. Wiprecht, große Kantate
der Prophet.

Buchholz. Keil. Laudendach.
Fürstenberg. Weyer. Millan.

Stadt-Theater.

Sonntag, den 21. März. (Ab. susp.) Zur
Allerhöchsten Geburtstagsfeier Sr. Maj.
des Kaisers Fest-Vortrag, gesprochen
von Hrn. L. Eilmerich. Darauf drittes
Gastspiel des Hrn. Emmerich Robert
„Das Leben ein Traum“. Schau-
spiel in 5 Acten von Calderon.

Montag, 22. März. (Ab. susp.) Viertes
Gastspiel des Hrn. Emmerich Robert
„Ariel Acosta“. Schauspiel in 5 Acten
von Dr. Gunkel.

Dienstag, 23. März. (4. Abonn. No. 13.)
Ein Weib aus dem Volke. Schau-
spiel in 5 Acten v. Bornstein.

Mittwoch, 24. März. (Ab. susp.) Fünftes
Gastspiel des Hrn. Emmerich Robert:
Zum ersten Male: Der verliebte
Löwe. Schauspiel in 4 Acten von
Bouffard.

Donnerstag, 25. März. (Ab. susp.) Sechstes
Gastspiel des Hrn. Emmerich Robert:
Kabale und Liebe. Trauerspiel in
5 Acten von Fr. v. Schiller.

Freitag, 26., und Sonnabend, 27. März
bleibt das Theater geschlossen.

Selonke's Theater.

Sonntag, den 21. März. Vorlesung
Gast-Vorstellung der kaiserlich russi-
schen Hofkünstlerin Fräulein Eleonore
Selonka in der höheren Original-
Salon-Regie. Auftreten des Hrn.
des Mannes, Signor Benedetti, und
der Traveztänzerin Mlle. Rosa. u. A.
Ein edles Weib. Schauspiel. Eine
unerlaubte Liebe. Schwanf. Vor dem
Standesbeamten. Genrebild.

Dem hochgeachteten Publicum, das mich als
meinem Benefizabend durch seinen zahl-
reichen Besuch und liebenswürdigen Spenden
von Blumen und Kränzen erfreute, sage ich
meinen tiefgefühltesten Dank, desgleichen
meinen lieben Collegen für ihre freundliche,
vom Publicum und der Kritik durchwegs als
gelungen bezeichnete Mitwirkung.

Hochachtungsvoll und ergebenst

3019) E. Glomme.

Zum 22. März 1875.

Kaiser Wilhelm dem Siegreichen,
Auf dem schönsten Theil der Welt,
Im Kulturkampf ohne Gleichen,
Sieger, Held, deutscher Held,
Ewig, lachte ihm die Sonne,
Reines Glückes, Freude und Borne.
Wonne lächelt und verflücht
In dem Reich die frohe Wehr,
Laut, daß Deutschland Kränze windet,
Ment zu Kaisers Wilhelm Ehr',
Ewig, zum Wiegenfeste,
Lob der Kaiser, der der beste
Mensch und König ist, recht hoch,
In Gesundheit lange nach.

3064) Wensorra Schüdelkau.

Verantwortlicher Redacteur: H. Ködner.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann

in Danzig.

Siehe eine Beilage.

Vermischtes.

Von Klee und Grassaaten

wie Roth-, Weiss-, Gelb-, Schwedisch-Klee
Wundklee, franz. Luzerne, engl., ital.,
deutsch-Ryegrass, Honiggrass, Knaulgrass, div.
Wiesengraser, Schafschwingel, ferner ächt
amer. Pferdezahl-Mais, Riensspörgel, Lu-
pinen etc. halte Lager und empfehle solche
zu billigen Preisen.

F. W. Lehmann,

(680) Danzig, Melzergasse 13.

Ein herrschaftliches Haus mit 6 geräumigen
Zimmern, Entree, Küche, Keller u. Garten,
Stallung mit Wagenremise, ist in einem leb-
haften Wohnort im St. Konig, an der Chaussee
und Bahnhof gelegen, sofort für 2500 Thlr. zu
verleihen. Bei entgegen. Besuchen.

Den Empfang meiner sämtlichen

Neuheiten

für die Frühjahrssaison

in
Stoffen, Confections u.
Costumes

beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen.

Gleichzeitig erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß ich mein

Seiden-Waaren-Lager in Lyoner, Mailänder u. Züricher Fabrikaten

ganz bedeutend vergrößert habe und daß ich, um der auswärtigen Concurrenz — die besonders von Paris aus durch ihre fortwährenden Unerbietungen das Publikum zu Beziehungen von dort animirt — mit Erfolg entgegen zu treten, von heute ab, nachstehende Preise notire.

Faille prima

56 Ctm. breit, per Meter mit 6 Frances gleich 4 Mark 80 Pf.

Faille extra

56 Ctm. breit per Meter mit 6 Frances 50 Ctm. gleich 5 Mark 20 Pf.

Faille extra prima

58 Ctm. breit, per Meter mit 7 Frances 50 Ctm. gleich 6 Mark

Faille extra fort

60 Ctm. breit, per Meter mit 9 Frances, gleich 7 Mark 20 Pf.

Faille extra fort

60 Ctm. breit, per Meter mit 11 Frances, gleich 8 Mark 80 Pf.

Gestreifte Seidenzeuge

48 Ctm. breit, per Meter von 2 Frances 25 Ctm. gleich 1 Mark 80 Pf. an, bis 6 Frances gleich 4 Mark 80 Pf.

Schwarze Seidenstoffe,

Gros Cachemirs und Drap de Frances

in zehn verschiedenen nur soliden Qualitäten, für deren Haltbarkeit ich jede Garantie übernehme, im Preise von 5 Frances 50 Ctm. gleich 4 Mark 40 Pf. bis 15 Frances gleich 12 Mark.

Schwarze und farbige

Moiros antique,

65 und 80 Ctm. breit, per Meter 10 Frances gleich 8 Mark bis 18 Frances gleich 14 Mark 40 Pf.

Schwarze Lyoner, Sammete

70 Ctm. breit, in solider Färbung, garantirt unempfindlich gegen Wasser und Regentropfen, per Meter 34, 37, 40 und 45 Frances gleich 27, 29¹/₂, 32 und 36 Mark ca.

Mustersendungen nach außerhalb stehen gerne zu Diensten.

W. Jantzen.

Auszug aus dem Verwaltungs-Berichte über die israelitische Kranken-Unterstützungs-Kasse zu Danzig, vom 1. Januar bis 31. Dezember 1874.

Einnahme.	Rp.	Gr.	h.	Ausgabe.	Rp.	Gr.	h.
Bestand am 31. Dezember 1873	4	53	15	5			
Hierzu vereinbart:							
Monatliche Beiträge	495	5	—				
Einkaufsgelder und Statuten	3	29	—				
Zinsen	219	18	6				
Aus einem Vergleich des Hrn. Richter	1	—	—				
Geldent von den Herren:							
E. Hauff in Berlin	5	—	—				
A. Fürstenberg hier	3	—	—				
Ch. Semon in Brabfort	50	—	—				
M. Schidkowsky in Berlin	6	20	—				
M. Radisch hier	3	10	—				
J. Davidsohn	5	—	—				
Kreier, Rosenheim in Schwes.	3	—	—				
B. Fürstenberg hier	5	—	—				
Ed. Cohn	5	—	—				
Fischer Bernstein	3	—	—				
M. Sternfeld	3	—	—				
F. Potenstein	2	—	—				
S. Toepf	25	—	—				
S. Rosenheim in Hamburg	10	—	—				
S. Goldschmidt in Chicago	1	—	—				
L. Suckmann in Hamburg	5	—	—				
Legat des Hrn. S. Roehne hier	100	—	—				
Geschenk von den Herren:							
Mor. Goldstein hier	2	—	—				
J. Kleemann hier	2	—	—				
Gescht. d. Hr. S. Roewinsohn hier	10	—	—				
Meyer hier	10	—	—				
Geschenk von den Herren:							
L. Felsenthal in Aachen	7	—	—				
M. Roehne hier	10	—	—				
R. Kutner hier	2	15	—				
S. Roewenstein in Hamburg	1	0	—				
Sp. u. d. bei mehreren Vereinen	15	—	—				
Abgaben des Hrn. Tiegler	15	—	—				
	Rp.	5666	22	11			

Vorstandender Bericht ist in der am Donnerstag, den 18. v. Mts., stattgehabten Generalversammlung von der Königl. Aufsichtsbehörde durchgesehen und für richtig befunden worden.

Indem wir vorstehenden Verwaltungsbericht zur Kenntnissnahme bringen, gestatten wir uns gleichzeitig den verehrten Mitgliedern und Gönnern des Vereins über die bisherigen Erfolge desselben einen kurzen Ueberblick zu geben.

Im Januar 1858 trat eine Anzahl israelitischer Familienväter zusammen, beratheten, wie sie in Krankheitsfällen sich und ihre Familien vor den Folgen der Erwerbslosigkeit schützen könnten, ohne die Mithätigkeit in Anspruch zu nehmen. Sie vereinigten sich durch den wöchentlichen Beitrag von 1 Gr. zu einer Kranken-Unterstützungs-Kasse und konnten bereits im Sommer 1859 bei einem Stammcapital von 500 Thalern ihren bedürftigen Kranken wöchentliche Unterstützungen gewähren. Seit dieser Zeit wurden in 436 Fällen 15,054 Mark ausgezahlt, davon im letzten Jahre an 17 Mitglieder 606 Mark. Bei Beginn des neuen Verwaltungsjahres zählten wir 256 Mitglieder und erfreuen uns eines Vermögens von 15,808,20 Mark, nachdem das verfloßene Jahr, wie aus vorstehendem Berichte ersichtlich, einen Ueberschuß von 2147,65 Mark hinterließ. Wenn auch nur ein geringer Theil ihrer Mitglieder die Kasse zu beanspruchen nöthig hat, so ist dieses segensreiche Ergebnis doch nur möglich gemacht durch die mannigfachen Spenden, mit denen edle Gönner theils bei festlichen Anlässen, theils in ihrer Freude am Wohlbefinden, unsern Verein bedachten. Indem wir den werthen Gebern unsern innigsten Dank sagen für das Mitgefühl, das sie ihren bedürftigen Brüdern bewiesen, wünschen wir, dasselbe möge Wiederholt finden in vielen, vielen Herzen. Durch den günstigen Stand unserer Kasse ist es uns zwar vergönnt, nachdem das neue Statut höhern Orts bestätigt ist, die Krankengelder zu erhöhen und außerdem von jetzt ab sowohl ärztlichen Beistand, als auch Arznei aus Vereinsmitteln zu gewähren; doch uns bleibet noch sehr viel zu thun, wenn wir in die Zukunft blicken, mit den Wünschen, mit den Hoffnungen, die seit Jahren unter uns still genährt wurden. Wenn wir mit dem Ziele, das wir uns gesetzt, müßig an die Deffentlichkeit herantreten, halten wir uns allezeit der Zustimmung und thatkräftigen Unterstützung versichert; denn wir wollen uns mit der Zeit schaffen eine Stätte, geweiht der Pflege unserer Kranken, ein Asyl für das nothleidende Alter. Angefichts solcher Aufgabe sind unsere Mittel sehr bescheiden und wir bedürfen dazu des regen Beistandes edler Menschenfreunde. Wir wenden uns daher vertrauensvoll an gute Menschen mit der herzlichsten Bitte, uns zu helfen, vorerst die Bausteine zusammenzutragen für unser großes Unternehmen. Jede Gabe, auch die kleinste, hilft uns weiter, und jeder Geber möge in nicht zu ferner Zeit erleben unser Hospital als ein Denkmal seiner Mithätigkeit. Das wolle Gott!

Danzig, im März 1875.

Der Vorstand der israelitischen Kranken-Unterstützungs-Kasse.

Wittentarten, 100 Stück, eleganter
Ausführung für 1,50 Mk. Bestellungen werden entgegen genommen in den Cigarrenläden von **Hubert Gotzmann, Heiligegeistgasse No. 13, Langenmarkt No. 21 und Kallgasse No. 2, am Jakobsthor.** (3068)

Das echte Eau de Cologne von
F. Maria Farina zu Köln a. Rh. No. 4711 — früher zu haben in der Zingler'schen Commissionshandlung — wird jetzt zu denselben Preisen verkauft, in den Cigarrenläden von **Hubert Gotzmann, Heiligegeistgasse 13, Ecke der Schmiedergasse und Langenmarkt 21, in der Nähe des Hotel du Nord.** (3068)

Düsterscherze
in Cierform aus Zucker, Wachs u. Seife bereitet, auch in **Unrav**-Form in den neuesten und originellsten Mustern, empfehle mein großes Lager zur gefälligen Auswahl.
Preise sind billigt gestellt. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Albert Neumann,
Langenmarkt 3,
vis-a-vis der Börse.
(2551)

In Kolling-Mühle sind Bretter und Bohlen in allen Stärken stets auf Lager und werden bei größeren Posten sehr billige Preise berechnet.
Die Qualität ist in diesem Jahre eine besonders vorzügliche.
Joseph Herzog.
(2810)

Gute Roggen- und Weizen-Mehl ist Melzergasse 12 zu verkaufen; auch kann sich daselbst ein Bursche zur Erlernung der Bäckerei melden.
(3026)

Conditor-Lehrling.
Einen wohlvergnügten Knaben zur Erlernung der Conditorei sucht **Eduard Grenkenberg.**

In meinem der Wiese gegenüber gelegenen Hause in Jäschenthal sind zwei Wohnungen zu vermieten.
H. Spilleck.
(3005)

Ein Grundstüd
auf dem Gastwirthschaft, Material-, Schnitt- und Eisens.-Handel seit vielen Jahren betrieben wird, mit compl. Gebäuden (Gasthaus massiv) 9 Morgen Ackerland (Boden 1. Kl.) ca. 2 Al. von einer Kreisstadt, hart an der Eisenbahn, beleg. und Posthaltestelle ist Umstände halber b. 3 Mille Anz. billig zu verl. Reflectanten wollen Abr. unter 3041 in d. Exped. d. Btg. gefälligst abgeben.

Eine Gastwirthschaft
verbunden mit einem Sarg-Magazin, in einem großen Kirchdorf ca. 2 Meil. von einer groß. Provinzial-Stadt beleg. alte Nahrungsst., Geb. neu, soll billig verkauft werden und belieben Selbstkäufer ihre Adressen unter 3042 in der Exped. d. Btg. abzugeben.

Ein junger Kaufmann,
welcher bereits in mehreren Branchen thätig gewesen, sämtlicher Comtoir-Arbeiten vollkommen mächtig ist und mehrfach gereist hat, sucht Stellung gleichviel welcher Branche.
Derselbe wäre auch geeignet in Ausland Engagement anzunehmen. Gest. Adressen unt. 3044 an d. Exp. dieser Zeitung.

Einen Gärtnergehilfen
zum sofortigen Antritt sucht **M. Raymann, Langfuhr bei Danzig.** (2978)

Ein junger Mann, gut empfohlen, sucht bei bescheidenen Ansprüchen Stellung in einem Comtoir.
Reflectanten belichen ihre Adresse unter R. E. Elbing postlegend gef. einzufenden.

Verheir. Hofmeister, die im Schreiben bewandert sind, w. n. J. Hardeger, Zopengasse 57. (3035)

Ein kleiner Laden, gut gelegen, ist zu vermieten. Das Nähere bei **C. Sauer, Elbins, Fischerstraße 22.** (3081)

Zwei Herren finden vom 1. April auch später freundschaftliches Logis nebst Kost. Wo?
zu erf. **Tobiasg. 1-2, 3 Tr.**
In meinem Hause, Jäschenthal 15, ist eine (früher von Herrn Dr. Stein benutzte) Wohnung für den Sommer zu vermieten.
Aug. Fr. Schultz.
(3055)

Im verschiedenen Urtheilen der Leute entgegenkommen, bemerke ich, daß mein Mann nicht Arbeiter sondern Kaufmann war.
Aganeta Holtz geb. Esau.
(3052)

Verantwortlicher Redakteur **G. Kuhn** r. Druck und Verlag von **A. W. Rasemann** in Danzig.